



PROF. PETER FILZMAIER

## Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

**1** Wir brauchen mehr parlamentarische Untersuchungsausschüsse. Ganz egal, welche Parteien in der Regierung sind. Was immer man im aktuellen Fall über den „Ibiza-Ausschuss“ und die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft für Wirtschafts- und Korruptionssachen (WKStA) gegen Bundeskanzler Sebastian Kurz denkt: Wir dürfen nie vergessen, dass sicher nicht zu viel Kontrolle das Hauptproblem der österreichischen Politik ist! Sondern wir haben zu wenig davon.

**2** Die viel größere Gefahr wäre eine „Packelei“ von Politikern, die in der Öffentlichkeit bloß mit Theaterdonner aufeinander losgehen. Hinter den Kulissen teilen sie sich womöglich durch Absprachen die Republik auf. Ja, politische Amtsträger müssen Entscheidungen treffen, also handeln. Zwecks Vereinbarungen im Konsens haben sie dafür vorher zu verhandeln. Das ist gut so, und zahlreiche Politiker machen das gut. Leider gibt es aber immer wieder intransparente Kuhhandel von und zwischen den Parteien, die unseren Augen entgehen.

**3** Dafür brauchen wir stärkere Kontrollinstanzen. Sollten Firmen mutmaßlich Steuern hinterziehen, so wünschen wir uns auch mehr und nicht weniger Finanzbeamte. Besteht beim Sport der Verdacht auf



Foto: EXPA/ Florian Schroetter



Foto: EXPA/ Florian Schroetter

# Parlamentarische

Missachtet unsere Regierung das Parlament? Wird der Bundeskanzler wegen Falschaussage in einem Untersuchungsausschuss angeklagt?

Oder unterstellt ihm die Opposition etwas? Darüber entscheidet die unabhängige Justiz. Doch in der Innenpolitik gehen die Wogen hoch.

Nur: In einer Demokratie müssen Parlamentsabgeordnete den Kanzler und die Minister kontrollieren. Die Frage ist, ob man das Kontrollsystem verbessern kann.

unsaubere Machenschaften, wäre es unsinnig, ausgerechnet die Zahl der Schiedsrichter und Dopingtests zu begrenzen. Dasselbe gilt für die parlamentarische Kontrolle der Regierungspolitik.

**4** Es kann niemand behaupten, dass es in Österreich vom Postenscha-

cher bis zu staatlichen Auftragsvergaben nichts gibt, bei dem eine Dunkelziffer unentdeckter Freunderlwirtschaft auszuschließen ist. Fragwürdige Dinge passierten früher in rauchgeschwängerten Hinterzimmern, später am Telefon und heute zudem durch peinliche Chatnachrichten via Internet.

**5** Zur Erinnerung, warum Österreich bei der Kontrolle der Mächtigen ein Entwicklungsland ist: Bis 2015 war es so, dass ein Untersuchungsausschuss im Parlament kein Minderheitenrecht war, sondern einer Mehrheit der Regierungsparteien bedurfte. Mit anderen Worten: Die Regierenden suchten sich aus, was



Wenn U-Ausschüsse im Fernsehen übertragen werden, kann jeder Bürger sich selbst ein Bild machen, wie einzelne Politiker sich verhalten. Das stärkt die Kontrollfunktion, sagt Politikwissenschaftler Peter Filzmaier.



Foto: SEPA.Media | Martin Juen

# Kontrolle ja, aber richtig!

an ihrem Verhalten kontrolliert wird und was im Dunkeln bleibt.

**6** Das geht nicht. Kann ich selber bestimmen, was in meiner Steuererklärung kontrolliert wird und was lieber nicht? Nein. Alles ist zu untersuchen. Das Argument, dass mehr Ausschüsse zu umso mehr Tohuwabohu führen, greift zu kurz. Das Interesse der Medien würde letztlich schwinden, wenn mehrere Untersuchungen parallel ablaufen.

**7** Nachrichtensendern von ORF III bis PULS 24 sollte es trotzdem künftig erlaubt sein, Untersuchungsausschüsse live im Fernsehen zu übertragen.

Gerade wenn Fragesteller und Antwortende sich statt Sacharbeit inszenieren, möchten wir Bürger zusehen. Da kann jeder von uns selbst beurteilen, wer von den Politikern sich wie verhält und was er daherredet. Ohne auf gefärbte Erzählungen anderer Parteipolitiker angewiesen zu sein.

**8** Wenn sich dabei Abgeordnete zum Nationalrat – von uns gewählte Volksvertreter – wie Parteisoldaten verhalten, bleibt ihnen oft nichts anderes übrig. Denn sie haben zwei Halbtagsmitarbeiter, die alles erledigen müssen. Wer sich in eine Gesetzes- oder Untersuchungsmaterie tiefer einarbeiten will, benötigt personelle Hilfe aus den

Parteiklubs oder einer Parteiorganisation. Der Preis dafür ist, strikt nach Parteilinie zu agieren. Artikel 56 der Bundesverfassung über das von jedwem Einfluss freie Mandat wird so zum „Klubzwang“.

**9** Wie soll überhaupt eine Regierungsvorlage als Gesetzesentwurf seriös geprüft werden, wenn in den Ministerien Tausende weisungsgebundene Beamten unter regierungspolitischer Führung etwas ausarbeiten, das später mit einem Millionenbudget für Öffentlichkeitsarbeit beworben wird – und dem Parlament keine vergleichbaren Personal- und Geldressourcen zur Verfügung stehen?

**10** Letztlich braucht es zusätzlich ein personenorientiertes Wahlrecht. Macht und Kontrolle zwischen Regierung und Parlament können nicht klappen, solange jeder Parlamentsabgeordnete für die nächste Wahl einen Platz auf der Parteiliste braucht. Im Regelfall – wie beim Klubzwang mit Ausnahme der Neos – bekommt man diesen in Parteiversammlungen und -gremien oder durch Einzelentscheidung des Parteichefs. Das fördert Linientreue und verhindert Abweichler. Dringend notwendig wäre aber ein Parlament, wo auch die eigenen Parteioberen – ob sie nun regieren oder in Opposition sind – mal kritisch gesehen und kontrolliert werden.